

Ungern-Sternberg erteilt Absage

Rebland
21.3.2007

Kein provisorischer Anschluss der Verbindungsstraße aus Merdingen an die K 4995 bei Gottenheim

Umkirch/Gottenheim/Merdingen. Dem Vorschlag, bei Gottenheim einen provisorischen Anschluss der Verbindungsstraße aus Merdingen an die K 4995 zu bauen, erteilte Regierungspräsident Dr. von Ungern-Sternberg eine klare Absage. Er reagierte damit auf einen Brief der Umkircher Bürgerinitiative Pro B 31-West.

Die Initiative hatte den provisorischen Anschluss der Verbindungsstraße aus Merdingen an die K 4995 gefordert, um sowohl Waltershofen als auch Umkirch vom Gewerbe- und Lieferverkehr verschiedener Firmen zu entlasten und den Schwerlastverkehr über die Umgehung Gottenheim und Umkirch komplett abfließen zu lassen.

Kein falsches Signal setzen

Diesem Vorschlag hatten bereits die Bürgermeister Volker Kieber aus Gottenheim und Eckart Escher aus Merdingen widersprochen. Regierungspräsident Dr. von Ungern-Sternberg teilte dem Sprecher der



Die Bauarbeiten für den ersten Abschnitt der B-31-West bei Umkirch kommen voran. Derweil wird über die Weiterführung der Bundesstraße bis Breisach heftig diskutiert.

Foto: Marianne Ambts

Bürgerinitiative, Tom Hirzle mit, dass in der Fortführung der B 31 West nach der Umfahrung Gottenheims bei Wasenweiler eine Anbindung der K 4929 von Merdingen an die B 31 West vorgesehen sei, um eine erste Entlastungswirkung

der Ortsdurchfahrt in Waltershofen und Umkirch zu erreichen. Eine provisorische Anbindung über die Verbindungsstraße und die K 4995 sei ein falsches Signal: außerdem könne die angesprochene provisorische Verbindung auch aus kon-

struktiven und verkehrstechnischen Gründen diese Verkehre nicht aufnehmen.

Dazu kommt, so der Regierungspräsident, dass diese Maßnahme durch den Bund nicht finanziert werden könne. (RK)

VERKEHRSZÄHLUNG B-31

„B-31 nicht überflüssig“

„Bauabschnitt überflüssig“ - mit diesem Statement wird der VLO aus Gottenheim im Rebland Kurier vom 14.02.2007 zitiert. Es ist bemerkenswert, wie Gegner der B 31-West für ein Pressegespräch Gehör finden. Dabei wird offensichtlich der Tatsache Rechnung getragen, dass als Zugpferd der Vorsitzende in seiner Eigenschaft als Mitglied des Landtages und sein Vize als Informationsträger der Planungsbehörde in Erscheinung treten und jedem Kläger gegen den zweiten Bauabschnitt Ihre Unterstützung anbieten.

Es gelingt ihnen, wenn man dem Bericht Glauben schenken darf, die Resultate einer vom Regierungspräsidium als repräsentativ eingestuften Verkehrszählung in Gottenheim nach eigenem Gusto zu interpretieren und davon abzuleiten, dass der Bau bis Breisach eigentlich Mumpitz sei. Die Mobilität der Bevölkerung könne vom öffentlichen Nahverkehr gewährleistet werden. Leider ist dem Bericht nicht zu entnehmen, welche verkehrstechnischen Maßnahmen den Familien in Wasenweiler geboten werden

und ignoriert, unter welchen täglichen Belastungen die Anwohner durch Schwerlastverkehr in der Ortsdurchfahrt heute schon leiden. Mann/ Frau darf gespannt sein, ob, und in welcher Form die vielen politischen Befürworter der Gemeinden, reagieren und diesen Aktivitäten öffentlichen Widerspruch entgegen bringen.

Bernhard Heim
Umkircher Bürgerinitiative
PRO B 31-West

REBLANDKURIER
21. FEBRUAR 2007